



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/K11/248 - 29. Oktober 1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 81831 - 33  
Fernschreiber 0886090

Zur Regierungserklärung	S. 1
Die schwere Regierungskrise in Finnland	S. 3
30. Oktober - Freiheitstag der noch abhängigen Völker	S. 5
Nach dem Scheitern Mollets	S. 6
Zur Einigung der Vertriebenenverbände	S. 7

## Die Frucht des 15. September

sp- Nach dem Wahlerfolg der Partei des Bundeskanzlers hätte man erwarten können, dass Adenauer in seiner Regierungserklärung auf der Grundlage seiner kompakten Mehrheit ein Programm entwickelt, das richtungweisend den deutschen aber auch den internationalen Gegebenheiten gerecht wird. Die 37 Seiten lange Regierungserklärung lässt erkennen, dass Adenauer und die hinter ihm stehende Mehrheit des Bundestages den Status quo für die Grundlage der westdeutschen Politik hält. Die Rede Adenauers enthält keinen neuen Gedanken, keine Antwort auf die grossen nationalen Fragen unseres Volkes und keine neuen Aspekte für die internationale Politik. Es ist wirklich alles beim alten geblieben.

Die innenpolitischen Probleme der Bundesrepublik wurden vom wiedergewählten Kanzler in verhältnismässig vagen Andeutungen "abgehandelt". Das betrifft sowohl seinen Hinweis auf die Wünschbarkeit der Förderung des Mittelstandes, auf die Fortführung der Sozialreform, sowie auf die schon 1953 angekündigte Reform des Steuer- und Finanzwesens und die von der CDU angestrebte "Streuung" des Besitzes. Die Landwirtschaft soll Geduld haben, und die Fussgänger würden bei der kommenden Verkehrspolitik besonders berücksichtigt werden - so sprach der Kanzler.

Vieles, was in dem Regierungsbüchlein erhalten ist, hätte schon in der Vergangenheit verwirklicht

werden können. Bereits in seiner Regierungserklärung vom 20. Oktober 1953 hatte der Bundeskanzler versprochen, dem zweiten Bundestag ein umfassendes Sozialprogramm vorzulegen. Es ist nur beim Versprechen geblieben. Hoffentlich erleiden die neuen Versprechungen nicht das gleiche Schicksal.

Beachtlich ist, dass eines der wichtigsten innenpolitischen Probleme, der soziale Wohnungsbau, von Bundeskanzler überhaupt nicht angesprochen wurde. Muss man daraus schliessen, dass der schon seit langem befürchtete völlige Stopp des sozialen Wohnungsbaus nunmehr Wirklichkeit wird?

Kein Wort fand der Bundeskanzler über die in Fluss befindliche zweite industrielle Revolution und über die notwendige Förderung von Wissenschaft und Forschung. Auf diesen Gebieten aber wird ein gutes Stück deutscher Zukunft mitentschieden; wir können unsere Stellung als Industrienation nur behaupten, wenn wir den Anschluss an den technischen Fortschritt nicht verpassen.

Mit Skepsis ist auch die Versicherung aufzunehmen, die Bundesregierung werde der Preisstabilität die grösste Aufmerksamkeit widmen; das sagte der Bundeskanzler zu einem Zeitpunkt, in dem sich die Ohrmacht der Regierung erwiesen hat, den Preisantrieb zu stoppen. Das würdevolle Schauspiel um die Kabinettsbildung offenbarte die Macht von Interessenverbänden und Gruppenegoismen. Zwar hat der Bundeskanzler die gute Absicht angedeutet, deren Einfluss auf die Politik der Bundesregierung auf ein Mindestmass zu beschränken; aber wie kann eine Partei, deren finanzielle Abhängigkeit von Interessengruppen erwiesen ist, eine Politik machen, die sich gegen diese Verbände richtet?

Gefiel sich der Bundeskanzler bei der Darstellung der innenpolitischen Aufgaben in vagen Andeutungen, so wandte er in der Schilderung der aussenpolitischen Situation sein altgewohntes Rezept der Schwarz-Weiss-Malerei an. Gewisse Teile seiner Rede - soweit sie sich mit der Beurteilung der Sowjetunion befassten - erinnern in ihrer Heftigkeit an wilhelminische Ausprüche vor Ausbruch des ersten Weltkrieges. Nicht nur der Kommunismus, sondern auch der Panславismus muss jetzt zur Rechtfertigung einer sterilen Aussenpolitik herhalten. Auf die Idee,

dass gerade von Deutschland aus Impulse für eine Politik der Entspannung zwischen Ost und West ausgehen müssten, scheint der Bundeskanzler auch jetzt noch nicht gekommen zu sein.

In der bereits zitierten Regierungserklärung von 1953 sagte der Kanzler, die Sowjets würden nur durch den sich anbahnenden Zusammenschluss der freien Völker zu Verhandlungen über die Wiedervereinigung bereit sein. Welch folgenschwere Fehleinschätzung! Die Tatsachen der letzten vier Jahre zeigen, dass die damalige Voraussage der Bundesregierung nicht eingetroffen ist. Die Spaltung Deutschlands und Europas ist vertieft worden, und diesmal sah sich der Bundeskanzler selbst zu der Feststellung genötigt, "die Spannung zwischen West und Ost habe sich verschärft". Was nützen vor einem solchen Hintergrund Beteuerungen wie die, man werde danach trachten, auch mit anderen osteuropäischen Völkern in guten nachbarlichen Beziehungen zu leben. Die Grundlage einer solchen guten Nachbarschaft war aus der Regierungserklärung nicht zu erkennen. Immer mehr vertieft sich der Eindruck, dass das Osteuropa-Bild des Bundeskanzlers von Vorstellungen geprägt wird, die sich in der deutschen Geschichte der letzten 50 Jahre als unheilvoll erwiesen haben.

Selbstverständlich erwähnte der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung die Verpflichtung der Bundesregierung, das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit aller Deutschen zu erhalten und zu festigen. Auch die Rolle Berlins fand Erwähnung. Aber auch hier: kein konkreter Hinweis auf das, was die Bundesregierung nun wirklich zu tun beabsichtigt, um das von ihr proklamierte Ziel zu erreichen. Die Passagen dieses Teiles der Regierungserklärung erinnerten in ihrer Unbestimmtheit sehr stark an Reden, die gelegentlich auch bei feierlichen Anlässen gehalten werden.

Eine umfassende Antwort auf das Regierungsprogramm wird der sozialdemokratische Oppositionsführer, Erich Ollenhauer, in der Bundestagesitzung am 5. November geben. Schon jetzt aber ist erkennbar, welche Aufgaben der Opposition in diesem Bundestag gestellt sind. Ihre Rolle als Wächter der deutschen Demokratie und als Gewissen des ganzen deutschen Volkes tritt nach dieser Regierungserklärung deutlicher denn je hervor.

Nach dem Scheitern Tanners

R.H. Helsinki

Dass der finnische Präsident Dr. Kekkonen den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Dr. Väinö Tanner, mit der Bildung einer Sammelregierung auf breitester Basis betraute, war für die finnische Öffentlichkeit eine Sensation. Tanner, der 76-jährige old grand man der Sozialdemokraten, gilt für Moskau als untragbar. Wenn Dr. Kekkonen, der in hohem Masse das Vertrauen des Kremis genießt, einen solchen Schritt unternahm, muss er Tanners Mission von vornherein als aussichtslos angesehen haben. Tatsächlich demonstrierten die Russen prompt ihren Unwillen: Die Handelsvertragsverhandlungen, welche Anfang November in Helsinki beginnen sollten, sind auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Auch sonst war Tanner, der inzwischen seine Bemühungen wieder aufgab, um seinen Auftrag nicht zu beneiden. Seine eigene Partei wird seit vielen Monaten von Fraktionskämpfen erschüttert. Fünf Mitglieder der Parteiopposition waren ohne Fühlungnahme mit der Parteileitung in die Minderheitsregierung des Agrarführers Dr. Sukselainen eingetreten und diese parlamentarische Entgleisung fand erst ihr Ende, als die Regierung am 18. Oktober nach vergeblichen Ausweichmanövern gestürzt wurde, und zwar von Tanners Fraktionsmehrheit durch eine aus taktischen Gründen praktizierte Unterstützung eines kommunistischen Antrages. Es verwundert daher niemanden, dass die Agrarier sofort be-  
(  
nutzgaben, dass sie wohl bereit seien, in eine Koalition unter sozialdemokratischer Führung einzutreten, jedoch nicht mit Tanner als Ministerpräsident.

Finnland würde aber gerade jetzt eine vom allgemeinen Vertrauen getragene handlungskräftige Regierung brauchen. Die vor kurzem erfolgte Abwertung der Finnmark um ca. 28% und die Aufhebung der meisten Einfuhrsperrn haben gute Voraussetzungen für eine allgemeine Gesundung der finnischen Wirtschaft geschaffen. Die Aussenhandelsbilanz ist günstig. Die befürchtet gewesene grosse Winter-Arbeitslosigkeit

wird infolge der besseren Exportaussichten viel geringer werden und die Staatskassa daher weniger belasten. Es käme nun darauf an, Löhne und Preise den gegebenen Möglichkeiten anzupassen, das System der politischen Subventionen abzubauen und die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen. Das ging nicht, solange sich die Agrarier jede politische Massnahme mit Preissubventionen und anderen Vorteilen bezahlen liessen und die Sozialpartner unrealistische Forderungen stellten. An diesen Schwierigkeiten und an den auf sie zurückgehenden Fraktionskämpfen innerhalb der Sozialdemokratie war das Kabinett Fagerholm, eine sozialdemokratisch-agrarische Koalition, im Mai 1957 gescheitert; die zweimal umgebildete Minderheitsregierung Dr. Sukselaines, die seither das Staatsruder führte, hat das Übel nicht an der Wurzel angefasst, sondern nur aus der bisherigen Fehlentwicklung die Konsequenzen gezogen, nämlich die Finnmark abgewertet.

Nun wird als ernsthaftester Kandidat wieder der sozialdemokratische Reichstagspräsident K.A. Fagerholm genannt, der das Land vor der kommunistischen Gleichschaltung bewahrt hatte und als Ministerpräsident dank seiner Verhandlungskunst schon manche prekäre Situation gemeistert hat. Fagerholm hat sich all die Zeit um eine Versöhnung der sozialdemokratischen Parteifraktionen bemüht, die wohl eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Funktionieren der Demokratie in Finnland ist. Er geniesst auch bei den anderen Parteien hohes Ansehen. Dass Dr. Kekkonens erster Auftrag zur Regierungsbildung nicht an Fagerholm sondern an Tanner ging, lässt allerdings die Vermutung aufkommen, dass Fagerholm nicht bereit war, sich einer solchen Aufgabe zu unterziehen.

Die Lösung der Regierungskrise wird durch den Umstand erschwert, dass in Finnland nächstes Jahr Reichstagswahlen stattfinden sollen und die Parteien daher schon jetzt an günstige Ausgangspositionen für den Wahlkampf denken. Eine vorzeitige Auflösung des Reichstages ist jedoch unwahrscheinlich. Die Neuwahlen könnten erst im Spätwinter stattfinden und Finnland kann sich nicht leisten, solange auf eine handlungskräftige Regierung zu warten.

Gegen jede Unterdrückung !

H.P. Eines der bedeutendsten Merkmale der internationalen sozialistischen Zusammenarbeit nach dem zweiten Weltkrieg ist das Entstehen selbständiger sozialistischer Parteien in Asien, Afrika und Südamerika. Die Entwicklung zu Industriestaaten ermöglichte es den traditionellen sozialistischen Parteien Europas, schon vor mehreren Jahrzehnten schlagkräftige Organisationen aufzubauen, die im Kampfe um ihre politischen Ziele oft stark genug waren, auch die Verantwortung innerhalb ihrer Staaten zu tragen. Ausserhalb Europas dagegen hat diese Entwicklung erst vor relativ kurzer Zeit eingesetzt und erst spät zur Entstehung sozialistischer demokratischer Parteien geführt. So kann heute die internationale sozialistische Bewegung geographisch auf drei Säulen aufbauen: Die eine ist die Zusammenfassung der traditionellen sozialdemokratischen Parteien in Europa; die zweite, die Zusammenfassung der sozialistischen Parteien in Asien und schliesslich die lateinamerikanischen Parteien, die vielleicht organisatorisch am schwächsten sind. Daneben gibt es natürlich auch starke sozialdemokratische Parteien, wie z.B. in Australien und Neuseeland; auch auf dem afrikanischen Kontinent beginnt der Sozialismus demokratischer Prägung Fuss zu fassen (z.B. die Peoples Convention Party in Ghana).

Selbstverständlich sind die Probleme, vor die die Sozialisten in Europa gestellt sind, wesentlich anders als die der sozialistischen Parteien Asiens, also der Länder, die erst im Laufe des letzten Jahrzehnts ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit erlangt haben. Wiederum anders sind die Aufgaben sozialistischer Parteien in nominell souveränen Staaten, wie die Südamerika's, die sich aber wirtschaftlich in fast völliger Abhängigkeit zu anderen grösseren Staaten befinden.

Schon vor Jahren haben die rund fünfzig sozialistischen Parteien der Welt beschlossen, am 30. Oktober jeden Jahres den Freiheitstag der noch abhängigen Völker zu begehen. An diesem Tage wollen die Parteien die Weltöffentlichkeit darauf hinweisen, dass sich heute noch zweiprittel der Menschheit in einem Stadium wirtschaftlicher Unterentwicklung befinden und es noch viele Völker gibt, denen es noch nicht gelungen ist, sich aus fremder Bevormundung zu befreien. So ist dieser Tag nicht nur eine interne Angelegenheit der Sozialisten; er geht alle an. Auch für uns Deutsche sollte er Anlass zur Besinnung geben.

Im Ringen um nationale Unabhängigkeit und demokratische Freiheiten gibt es mächtige Gegner. Neben dem Kolonialismus ist der Kommunismus, der eine neue oder modernere Form kolonialer Unterdrückung darstellt, der wichtigste. In diesem Kampf wird der Westen nur bestehen, wenn er erkennt, dass die Respektierung der nationalen Unabhängigkeit von Völkern, die heute noch unter imperialistischem Druck stehen, zu Hause anfangen muss. Was von jedem einzelnen demokratischen Land an Unterstützung für die Staaten gegeben wird, die jetzt ihre ersten selbständigen Schritte tun, dient zugleich der Erhaltung unserer eigenen Freiheit. Vergessen wir es nicht !

Nach dem Scheitern Mollets

E. - Paris

Die französische Nationalversammlung verweigerte dem Sozialisten Guy Mollet mit 289 gegen 227 Stimmen die Investitur. Der Misserfolg ist mehr als das Scheitern eines zur Neubildung der Regierung unternommenen Versuches. Die Krise befindet sich in der fünften Woche. Alle vorherigen Lösungsversuche der Linken, der Mitte und Rechten hatten sich als wirkungslos erwiesen.

Mollet übernahm den Auftrag zur Regierungsbildung auf besonderes Drängen des Präsidenten Coty, der in der Person Mollets einen Garanten für die Verhütung schärfster sozialer Auseinandersetzungen einer schweren Krise sah. Präsident Coty war es, der den Führer der Unabhängigen, Pinay für den neuen Versuch Mollets gewonnen hatte und Pinay selbst hatte Mollet nach einer längeren Aussprache seine Mitarbeit in Aussicht gestellt.

Die Nationalversammlung stellte mit ihrer Ablehnung ihre eigene Haltung unverändert erneut unter Beweis. Präsident Coty, der vor seiner Wahl zum Staatsoberhaupt unabhängiger Parlamentarier war, fühlt sich durch die wiederholten negativen Entscheidungen der Nationalversammlung persönlich getroffen; denn seine Bemühungen, dem Land eine neue Regierung mit parlamentarischer Mehrheit zu geben, wurden von den Abgeordneten, in die er sein Vertrauen und seine Hoffnung setzte, zurückgewiesen. Präsident Coty unternahm unmittelbar nach dem Scheitern Mollets einen neuen Versuch zur Überwindung der Krise. Er beauftragte noch in der Nacht zum Dienstag den 37-jährigen bisherigen Finanz- und Wirtschaftsminister Felix Gaillard mit dem Versuch zur Beilegung der Krise. Der Radikalsozialist Gaillard behielt sich seine Entscheidung vor. Falls sein Entschluss positiv aus, dann wird er sich wohl zur Bildung einer rechtsgerichteten Regierung entschließen müssen, denn nach der neuesten Entwicklung ist nicht anzunehmen, dass er die Sozialisten zum Eintritt in einer von ihm geleiteten Koalitionsregierung gewinnen könne, wenn dieser auch Unabhängige angehören sollen.

In der sozialistischen Partei ist man zu weiteren Experimenten kaum geneigt, um so weniger, als auch Mollets Versuch zur Beilegung der Krise vor einer Mehrheit der Partei nun ungern gesehen und akzeptiert wurde. Man diskutiert heute in Paris sehr lebhaft die Frage, was Präsident Coty unternommen wird, falls auch Gaillard scheitern oder ablehnen sollte. Allgemein wird angenommen, dass sich Coty in jedem Fall mit einer feierlichen Botschaft an das Parlament wenden und vor der Gefahren der bereits drohenden Staatskrise warnen wird. Die Idee der Auflösung der Nationalversammlung und Ausschreibung von Neuwahlen liegt in der Luft. Zweifelloser auch der Gedanke, eine Regierung von sogenannten Fachleuten zu bilden - wobei die Meinung darüber, wer als Fachmann zu betrachten ist - weit auseinander gehen.

## Aufgabe und Mass

von Reinhold Rehs, M.d.B.

Die Skeptiker haben unrecht gehabt. Die Einheit der Vertriebenenverbände ist Wirklichkeit geworden. Viele und vielerlei Leute werden darüber beunruhigt und enttäuscht sein, im Inland wie im Ausland.

Im Ausland diejenigen, die in der Spaltung der Vertriebenen ein beruhigendes Symptom für den Mangel an gemeinsamer nationaler Willenskraft gesehen haben; einen Hinweis darauf, dass sie weiter für die deutsche Wiedervereinigung eintreten dürfen, ohne sie befürchten zu müssen.

Im Inland alle die, denen der persönliche materielle Erfolg oder das heimliche politische Ziel wichtiger ist als die Verantwortung für das Schicksal des Volkes. Die Zahl derer ist gross, die in den Jahren nach 1945 wohl bereit waren, die Vertriebenen als Objekt der Politik zu betrachten, ihre Stimme für ihre Zwecke zu benutzen, bei denen aber der Gedanke an ein eigenes geschichtliches Bewusstsein der Vertriebenen keinen Eingang finden wollte. Sie weigerten sich, zu erkennen und anzuerkennen, dass die achteinhalb Millionen Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik den weiterlebenden Teil einer jahrhundertlangen deutschen Ost-Geschichte verkörpern, die man nicht einfach wie die Seiten eines Buches herausreissen kann, ohne damit das Buch selbst zu zerstören.

Die Vertriebenen haben viel Zeit gebraucht, um mit sich ins Reine zu kommen und sich vollständig zusammenzufinden. Ihre guten Eigenschaften: Geduld, Bereitschaft zur Einordnung, Beständigkeit haben - in- und ausserhalb der eigenen Reihen - reichlich Gelegenheit zu persönlichen und partipolitischen Missbrauch gegeben. Der harte Kampf um eine neue wirtschaftliche Lebensbasis, die Notwendigkeit, mit der neuen Umwelt erst innerlich in ein klares Verhältnis zu kommen, das eigene Wertebewusstsein nach dem furchtbaren Erleben der Austreibung und des Heimatverlustes zu ordnen und die zugehörige Position in dem westdeutschen Kräftefeld auszumessen, haben das ihrige dazugetan.

Wir begrüssen es, dass mit dem nun vollzogenen Einigungsakt die Periode des Suchens nach dem richtigen Standort im staatspolitischen Gefüge der Bundesrepublik abgeschlossen ist. Die demokratische Ordnung in Westdeutschland kann dies als Gewinn und als Vorbereitung und Stärkung ihrer Grundlage buchen. Die Kräfte, die nunmehr in der grossen organisatorischen Vereinigung der Vertriebenen zusammengefasst sind, können damit in vollem Umfange der Lösung der zahlreichen noch offenen menschlichen und sozialen Aufgaben auf dieser Ebene, der Sache der deutschen Wiedervereinigung und der Überwindung der Spaltung Europas nutzbar gemacht werden. Die Spekulation der Strategen eines Rechts- oder Linksradikalismus, sie gegen die Demokratie ins Feld führen zu können, sind fehlgeschlagen.

Der endgültige Erfolg des Zusammenschlusses freilich wird gemessen werden an dem Verantwortungssinn und der Fähigkeit der leitenden Persönlichkeiten und Gremien, das Vertrauen und den geklärten Willen der Millionen Mitglieder zu erfüllen, das richtige Mass im politischen Geschehen zu finden und die Bereitschaft zu echter und loyaler Überparteilichkeit gegen alle erneuten Versuchungen durchzusetzen. Der Sog der Bonner Kassen wird hier die erste Bewährungsprobe stellen.

Die Heimatvertriebenen Sozialdemokraten, die an dem Werk der Einigung als Teil gesamtdeutscher Verpflichtung tätigen Anteil haben, vertrauen darauf, dass die Erfahrungen und Lehren der vergangenen Jahre wirksam bleiben und dass die untadelige Wahrung dieser Überparteilichkeit auch weiterhin ihrer Mitarbeit keine Grenzen setzen wird.